

Mutmaßlicher Terroranschlag in München: Ermittlungen laufen auf Hochtouren

Die Ermittlungen nach einem gescheiterten Terroranschlag auf das israelische Generalkonsulat in München laufen weiter. Polyzisten untersuchen Hintergründe und suchen Videobeweise.

Nach einem vereitelten Terroranschlag auf das israelische Generalkonsulat in München laufen die Ermittlungen auf Hochtouren. Die bayerischen Behörden konzentrieren sich dabei intensiv auf Videos von Autofahrern und Passanten, die möglicherweise am Tatort waren. Die Münchner Polizei hat dazu aufgerufen, alle verfügbaren Aufnahmen über ein Upload-Portal zur Verfügung zu stellen, um die Geschehnisse rekonstruieren zu können.

Der mutmaßliche Täter, ein 18-jähriger Mann mit bosnischen Wurzeln, wurde in einem Schusswechsel mit der Polizei getötet. Zuvor hatte er bereits in der Vergangenheit wegen Verdachts auf religiöse Radikalisierung in der Öffentlichkeit für Aufsehen gesorgt. Laut der Polizei in Salzburg war ein Waffenverbot gegen ihn verhängt worden, das erst im Jahr 2028 ausgelaufen wäre.

Frühere Ermittlungen und Abbruch der Verfahren

Die Behörden hatten bereits im Jahr 2023 aufgrund von Drohungen und Körperverletzungen einen Fall gegen den damals 17-jährigen untersucht. Dabei war ihm vorgeworfen worden, mit einer terroristischen Vereinigung in Verbindung zu

stehen. Besorgniserregend ist die Entdeckung von Propagandamaterial der Terrororganisation Islamischer Staat auf seinem Mobiltelefon. Obwohl diese Hinweise vorlagen, stellte die Staatsanwaltschaft Salzburg im April die Ermittlungen ein, was darauf hindeutet, dass es bislang nicht genug Beweise gab, um ein Verfahren einzuleiten. Seitdem trat der Mann nicht mehr polizeilich in Erscheinung.

Nach den dramatischen Ereignissen in München, bei denen er den Schusswechsel mit den Sicherheitskräften suchte, durchsuchten Beamte seinen Wohnort in Neumarkt am Wallersee. Zahlreiche Einsatzkräfte wurden angefordert, um potenzielle Beweise zu sichern. Während der Durchsuchung wurden das Wohnhaus und die angrenzenden Gebäude evakuiert, glücklicherweise stellte sich jedoch schnell heraus, dass es keine akute Gefahr gab.

Ermittlungen und sicherheitspolitische Bedenken

Auf der deutschen Seite hat die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) die Ermittlungen übernommen. Diese Behörde geht von einem gezielten Terroranschlag gegen das Konsulat aus. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) äußerte, dass die Hintergründe der Tat unbedingt aufgeklärt werden müssen. Sein Kommentar verdeutlicht, dass die Umstände des Vorfalls keinesfalls als Zufall abgetan werden können, da der Täter mit einem Gewehr in der Nähe des Konsulats agierte.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) verband die derzeitige Situation zudem mit dem Jahrestag des verheerenden Olympia-Attentats von 1972, das in München stattfand. Dies lässt die Möglichkeit eines bewussten Zusammenhanges für viele wie einen unheimlichen Verdacht erscheinen. Er forderte, die Ermittlungen abzuwarten, um die genauen Hintergründe zu verstehen und lobte die Polizei für ihre schnelle und gezielte Reaktion auf die Bedrohung.

Zur gleichen Zeit äußerte sich auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in den sozialen Medien und betonte die entscheidende Rolle der Einsatzkräfte, die möglicherweise Schlimmeres verhindert haben. Seine klare Botschaft gegen Antisemitismus und Islamismus unterstreicht die gesellschaftliche Notwendigkeit, diesen Bedrohungen vehement entgegenzutreten.

Die Entwicklungen rund um den vereitelten Anschlag werfen Fragen zur Sicherheit und Extremismusbekämpfung auf. Während die Ermittlungen weitergehen, bleibt die Wahrung der öffentlichen Sicherheit eine hohe Priorität für die Behörden mit einer entschlossenen Haltung gegenüber jeglicher Form von Extremismus.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de